

Bezugpreis: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.20 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die gehrigste Anzeige ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 21. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Nollet in den Deutschen Werken.

Berlin, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) General Nollet mit seinem Stabe besichtigte die Spandauer Abteilungen der Deutschen Werke.

laut dem Völkerbund mitzutellen und spricht die dringende Bitte an den Völkerbund aus, Vertreter des Völkerbundes nach dem Saargebiet zu entsenden.

Die Weltkonferenz von Washington.

Die letzten Tage in Washington waren mit geheimen Ausschusssitzungen ausgefüllt. In der Abrüstungsfrage forderte England, den Unterseebootbau ganz einzustellen oder doch wenigstens erheblich einzuschränken.

Die Reparationskommission uneinig.

Frankreich isoliert.

Paris, 20. November. (WTB.) Jules Sauerwein berichtet dem „Matin“ aus Berlin, in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission sei eine Einigung über die Haltung gegen Deutschland nicht erzielt worden.

Weshalb wie in der Abrüstungsfrage liegt die Mächtegruppierung in der chinesischen Frage. Die Vereinigten Staaten und England vertreten den Grundgedanken der offenen Tür und unterstützen die chinesischen Forderungen mit einer etwas unterstrichenen Selbstverständlichkeit.

London, 19. November. (WTB.) Die englische Arbeiterpartei hat eine Rundgebung veröffentlicht, in der es heißt, sie erkenne die weitverbreitete Feindschaft gegen eine Fortdauer des englisch-japanischen Bündnisses an.

Verbot der Regimentsvereine.

Koblenz, 21. November. (WTB.) Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat laut Schreiben vom 19. November 1921 auf Grund des Artikels 2 der Verordnung 65 beschlossen, den Städten im besetzten Gebiet die sogenannten Regimentsvereine, die die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden, zu verbieten und ihre Auflösung anzuordnen.

Das Unrecht am Saargebiet.

Saarbrücken, 19. November. (WTB.) Wie die Kreise Saarlouis und Ottweiler hat heute auch der Kreistag von Saarbrücken die Begutachtung der Regierungsverordnungen abgelehnt und eine Erklärung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Regierungskommission hat seit ihrer Einsetzung nach Ansicht der Bevölkerung nur das eine Ziel, die Abtrennung des Saargebietes vom Mutterlande, betrieben.

Badina gewählt.

Paris, 21. November. (EE.) Die Kommunisten haben bei der gestrigen Stichwahl im Pariser Stadtviertel Santé einen beachtenswerten Erfolg errungen: Der wegen Meuterei im Schwarzen Meer zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Mechanikerunteroffizier Badina wurde mit 857 Stimmen gegen den Radikalsozialisten Pouthier, auf den 831 Stimmen entfielen, gewählt.

Wir haben bereits nach der Hauptwahl am vorigen Sonntag auf die Bedeutung dieser Kraftprobe hingewiesen. Von einem kommunistischen Erfolg kann natürlich gar keine Rede sein. Badina war zwar offiziell von den Kommunisten aufgestellt worden, ist aber ebenso ein Kommunist wie sein Schicksalsgefährte Morin.

„Ermattung“ an der Börse.

In der heutigen Berliner Börse wurden Dollarnoten im Verkauf der ersten Stunden mit 268 bis 265 gehandelt. Vorbörslich waren 277 bis 278 gezahlt worden. Man führt die Ermattung auf die verschiedenen schwebenden Verhandlungen über die Kreditfrage zurück.

Aus dem Zuchthause Lichtenburg

Der durch Reichstagsbeschluss vom 19. November eingeführte Untersuchungsausschuss von acht Mitgliedern des Reichstages zur Prüfung der Zustände in den Strafanstalten begann bereits am darauffolgenden Tage seine Tätigkeit damit, dass er sich insgesamt nach der Strafanstalt Lichtenburg begab, um sich über den Hungerstreik und die dortigen Zustände zu unterrichten.

Die Anstalt Lichtenburg ist ein Zuchthaus für Männer, das mit 730 Gefangenen bis an die äußerste Grenze seiner Belastungsfähigkeit besetzt ist. Unter ihnen befinden sich etwa 120 politische Verurteilte aus dem mitteldeutschen Märzaufstande.

Der Reichstagsausschuss traf kurz nach 11 Uhr in der Strafanstalt ein und hielt dort eine Sitzung ab, in der zunächst der Direktor der Anstalt und die Vertreter der Vorgauer Staatsanwaltschaft, des preussischen Justizministeriums und des Reichsjustizministeriums sowie die beiden beteiligten Ärzte berichteten.

An diese erste Konferenz des Ausschusses schloß sich ein mehrstündiger Rundgang an, bei dem sämtliche politische Gefangene, die abends vorher aus ihren Gemeinschaftszellen teils in das Anstaltslazarett, teils in kleine Zellen zu zweien oder dreien ohne jede Gewaltanwendung übergeführt waren, besichtigt wurden.

Von Schwerkranken befand sich in Lichtenburg nur ein Fall, der nichts mit dem Hungerstreik zu tun hatte und das typische Bild einer Blinddarmentzündung zeigte. Von den Hungernden, von denen zur Zeit des Rundganges bereits mehr als die Hälfte zu essen begonnen hatte, klagte nur einer über heftige Leibschmerzen; mehrere hatten Pulsstörungen und zeigten das Bild mäßiger Erschöpfung; als ernstlich gefährdet erwies sich keiner.

Trotzdem mußte Anblick und diskrete Befragung doch zu einem Gefühl des tiefsten Mitleides mit diesen Gefangenen zwingen, und zwar weniger mit ihrem augenblicklichen gesundheitlichen Zustande, als vielmehr mit der traurigen Lage, in welche diese Unglücklichen, die mit solchem Mittel nach solchem Ziele strebten, hineingeraten sind.





